

www.erb-oeo.org | 2015

Zeitschrift der Union Europäischer Föderalisten (UEF), des Bundes Europäischer Jugend (BEJ), Oberösterreichs und des Europahauses Linz  
Ausgabe 2015; EUR 1,-

**Föhn von Anton Lutz:** Dieses Bild zeigt in seiner Bildersprache die momentane Flüchtlings situation in Europa. Wie ein südlicher Fallwind (Föhn) strömen Flüchtlinge aus dem Süden nach Europa und stellen uns Europäer vor große Herausforderungen. Der meisterliche Maler des Lichts Anton Lutz widmete sich bis ins hohe Alter unterschiedlicher Bildersprachen. Seine Tochter Ilse Leitl erarbeitete in den letzten Jahren ein umfassendes Werkeverzeichnis, welches am 14. Sept. 2015 in der Oberbank in Linz in einem Buch präsentiert wurde. Ein Teil seiner Bilder wurde bei dieser Buchpräsentation ausgestellt.

## 20 Jahre Österreich in der Europäischen Union

Beim Kamingespräch am 21. Nov. 2015 referierte der bekannte Politikwissenschaftler Univ.Prof. Dr. Anton Pelinka über den Weg Österreichs in der Europäischen Union (EU) im Bildungszentrum St. Magdalena bei Linz vor rund 190 Teilnehmer/innen .

„Österreich hat unverschämtes Glück gehabt. Ähnlich wie das Jahr 1955 war für Österreich auch das Jahr 1994 eine gravierende Weichenstellung, als sich die Österreicher/innen mit 2/3 Mehrheit entschieden, der EU beizutreten. Durch das Ende der Bipolarität (Warschauer Pakt contra NATO im Kalten Krieg) konnte Österreich der EU beitreten, ohne die Sowjetunion zu provozieren“, so Pelinka.

Die Österreicher/innen haben zu Europa ein eher schwieriges Verhältnis – viele sehen in der EU-Mitgliedschaft Österreichs keine wesentlichen Vorteile. Dies hat sich auch in der nunmehr fast 20-jährigen Mitgliedschaft immer wieder verändert. Die Option eines Austrittes von der EU kommt jedoch für Österreich nicht in Frage. Ökonomische Interessen und die geopolitische Lage Österreichs (-Österreich ist vorwiegend von EU-Staaten umgeben-) sind entscheidend für Österreichs Stellung und Verbleib in der EU.

Ohne EU wäre Österreich dem Megatrend der Globalisierung noch mehr ausgeliefert. Obwohl die Globalisierung nach mehr, das heißt nach einem vertieften Europa verlangt, sind die Mitgliedstaaten jedoch nicht bereit, Kompetenzen an die EU abzugeben. Die Verschiebung von Kompetenzen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik zu einer wirkungsvollen, gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) findet nicht statt. Somit ist die Kontrolle und Sicherung der EU-Außengrenzen mangelhaft. Der Zugang zur EU sollte durch die Organe der EU (Rat, Parlament, Kommission) im Sinne einer gerechten finanziellen Lastenverteilung geregelt bzw. durchgeführt werden. Die Flüchtlingskrise im Jahre 2015 zeigte, dass die nationalen Egoismen zu einer ungerechten Lastenverteilung führen, und Staaten wie Österreich, Deutschland und Schweden an die Grenzen der Belastbarkeit stoßen.

... Fortsetzung auf Seite 2

## 20 Jahre Österreich in der EU

Kamengespräch in St. Magdalena mit Univ. Prof. Dr. Anton Pelinka

### ... Fortsetzung von Seite 1

Beim Thema Flüchtlinge wäre die Logik, dass unter Wahrung der völkerrechtlichen Verpflichtungen hier eine europäische Lösung gefunden wird, meinte Pelinka. Der Vorschlag von EU-Kommissionspräsident Juncker sei eine „sinnvolle und gerechte Antwort“ - nämlich eine Verteilung der Betreuungspflicht auf die einzelnen Mitgliedsstaaten, gemessen an ihrer Größe und an ihrem Wohlstand.

„Die Schande für Europa ist genau genommen nicht die EU, sondern die Mitgliedsstaaten, die sich hinter vermeintlichen nationalen Privilegien verschanzen“, betonte Pelinka.

Auch ein Versagen Österreichs im Sommer 2015 ortete Pelinka, da das Land aus innenpolitischen Ängsten nicht in der Lage war, einige Tausend Flüchtlinge in ausreichendem Maße selbst zu betreuen. „Wir haben uns in Österreich einen Wohlstand erarbeitet, der das Land offenkundig unsolidarisch gemacht hat“, so Pelinka. Obwohl die EU eine Schicksals- und Wertegemeinschaft sein sollte, werden die Gräben zur EU durch die Solidaritätsverweigerung mehrerer Mitgliedsstaaten



(v.li.n.re): Organisator Konsulent Josef Bauernberger, Europaschirmorganisator Mag. Karl-Heinz Wanker, Referent Univ.Prof. Dr. Anton Pelinka, Moderator gf. Vors. Europahaus Linz Dr. Franz Kremaijer, EFB-Ehrenpräsident Max Wratschgo, gf. EFB-Landesobmann Dr. Franz Seibert freuten sich über die sehr erfolgreiche Abendveranstaltung bei großem Besucherandrang. (Foto EFB Harant)

immer größer.

In der EU spielen 28 Solisten und kein Orchester. Die EU-Mitgliedstaaten im Rat sind es, die die EU daran hindern, europäische Lösungen zu finden und umzusetzen. Durch das de facto nach wie vor dominierende Einstimmigkeitsprinzip im Rat ist die EU zu wenig entscheidungsfähig. Die EU sollte daher eine Föderation und nicht bloß ein Konglomerat von Staaten sein. Vieles wird der EU angelastet, obwohl die Mitgliedsstaaten verantwortlich sind. Dies wird auch in Österreich zu wenig erkannt und daher ist die Europaskepsis so stark.

## Großes Ehrenzeichen der Stadt Linz für Josef Bauernberger

Im Rahmen einer Verleihungsfeier am 8. September 2015 im Renaissance – Saal des Linzer Rathauses überreichte Bürgermeister MMag. Klaus Luger das Große Ehrenzeichen der Stadt Linz für Kultur an Konsulent Josef Bauernberger für sein langjähriges gesellschaftliches Engagement bei der Österreichisch - Deutschen Kulturgesellschaft (ÖDK), beim Linzer Volksbildungsverein, der Europäischen Föderalistischen Bewegung OÖ. und dem Europahaus Linz. Konsulent Josef Bauernberger fungiert seit 1991 als Obmann des Linzer Volksbildungsvereins. Der frühere Voest-Mitarbeiter engagiert sich seit 1977 in der Kulturvereinigung. Jahrelang war er deren Schriftführer. Neben seinem Wirken für den Volksbildungsverein übernahm Konsulent Bauernberger 1992 auch die Geschäftsführung der Sektion Oberösterreich

der Österreichisch-Deutschen Kulturgesellschaft sowie Koordinationsaufgaben in der Europäisch-Föderalistischen Bewegung OÖ und beim Europahaus Linz.

Wir Europäer gratulieren zu dieser Auszeichnung sehr herzlich.

Foto: Mag. Linz - Presse



## Präsident Dr. Herwig van Staa empfängt Europäer

Anlässlich 60 Jahre Europäische Föderalistische Bewegung und 20 Jahre Österreich in der EU empfing am 4. Mai d. J. der Präsident des Tiroler Landtages Dr. Herwig van Staa Vorstandsmitglieder der Europäischen Föderalisten aus Oberösterreich, der Steiermark, Tirol/Südtirol und Vorarlberg zu einem Gedankenaustausch im Sitzungssaal des Tiroler Landtages in Innsbruck.

Herwig van Staa zog eine Bilanz zum Verhältnis Tirol zur EU in den vergangenen 20 Jahren und meinte, dass trotz der wirtschaftlichen Vorteile, Wegfall der Brennergrenze und der Friedensfunktion der EU, das Verhältnis Tirols zu dieser EU als „ambivalent“ zu sehen sei. Als langjähriger Vizepräsidenten des AdR (Ausschuss der Regionen in der EU) konnte er auch über seine erfolgreichen Bemühungen berichten, dass für alle Kommunen eine verpflichtende Eintragung in das Transparenzregister für Lobbyisten nicht mehr erfolgen muss.

Bei der Plenartagung des AdR im Juni 2015 sollen unter anderem die Verbesserung der Funktionsweise der Europäischen Union innerhalb des Vertrags von Lissabon, Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen in den Mitgliedstaaten, der Schutz der Meeressumwelt, ein menschenwürdiges Leben für alle sowie die lokale und regionale Unterstützung für einen fairen Handel in Europa auf der Tagesordnung stehen. Die Regionalpolitik muss in der EU entsprechend weiter entwickelt werden, so Herwig van Staa.

Nach dem Gedankenaustausch im Tiroler Landtagssitzungssaal und den Führungen durch den Landtag und das TIROL PANORAMA am Bergisel dankte der Landesobmann der EFB – Tirol OSR Erich Wörister dem LTP Dr. Herwig van Staa für den sehr informativen Tag. Besonders erfreulich war, dass er persönlich die Führungen durch den Landtag und am Bergisel durchführte.

Foto: EFB



## Kompetente Betreuung für sein Vermögen wollen. Und dann?

Profitieren Sie bei der Vermögensverwaltung von unserer Wertpapierkompetenz und unserem Gespür für Marktentwicklungen. Wir erstellen für Sie individuelle Vermögensstrategien, bei denen Sie sich wohl fühlen werden.

**Oberbank**  
3 Banken Gruppe



Oberbank. Nicht wie jede Bank.

## Die Flüchtlinge sind nicht das Problem

*Um den Aufschwung von Parteien am rechten und linken Rand des politischen Spektrums in Europa erklären zu können, genügt es nicht, den Zeigefinder auf tausende von Migranten zu richten, die seit Jahren auf unseren Kontinent strömen – und seit kurzem auch nach Österreich. Ein Kommentar von Michael Radhuber \**

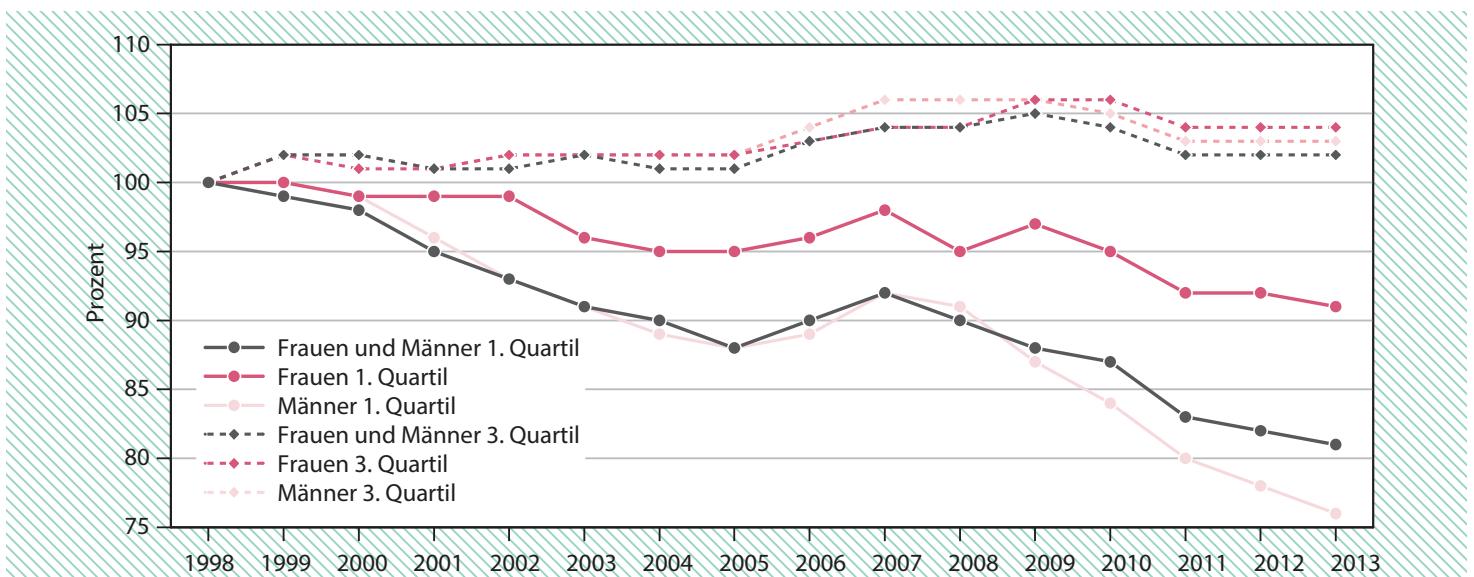
Es ist wahrlich schon besser gestanden um Europa, als in diesen Tagen. Spätestens seitdem sich zahlreiche Länder des ehemaligen Ostblocks um die Slowakei, Ungarn und Tschechien zusammengetan haben, um einen Mechanismus zur Aufteilung von Flüchtlingen auf alle EU Länder zu blockieren, liegt die „Werteunion Europa“ im Koma. Dass Länder wie Ungarn vor nicht allzu langer Zeit – es war das Jahr 1956 - noch selbst und innerhalb kürzester Zeit mehr als 180.000 Flüchtlinge über die burgenländische Grenze nach Österreich exportierten, dürfte im beengten Raum des Geschichtsbewusstseins der Regierung Orbán keinen Platz mehr gefunden haben. Überhaupt stellt sich die Frage, warum Ungarn noch Mitglied in der EU ist: Kein Land hat europäische Grundwerte und –Rechte in den vergangenen Jahren so oft und nachhaltig mit Füßen getreten, wie Ungarn unter der Regierung Orbán.

Das Problem ist woanders beheimatet. Blicken wir nach Österreich: Es genügt nicht, den mehr als 30% Wählerinnen und Wählern der freiheitlichen Landesparteien Oberösterreichs und Wiens Ignoranz vorzuwerfen. Vielmehr gilt es, den Hintergründen des politischen Unwohlseins dieser Menschen auf den Zahn zu fühlen, um Antworten auf die Frage zu finden, warum sie einer Partei ihre (Protest-)Stimme schenken, von der viele selbst wissen, dass sie die Probleme Österreichs nicht lösen kann und wird.

Eine Antwort auf diese Frage liefert der jüngste Einkommensbericht des Rechnungshofes. Während insgesamt die realen Einkommen der unselbstständigen Erwerbstätigen in Österreich zumindest seit dem Jahr 1998 stagnieren oder leicht zurückgingen, so ist bei den Einkommen der unteren Hälfte dieser Gruppe eine rasante Talfahrt festzustellen. Das unterste (erste) Quartil der unselbstständigen Erwerbstätigen verdient im Jahr 2013 um ein Fünftel weniger als noch im Jahr 1998. Anders ausgedrückt: Die Mitte (Median) der unteren Hälfte der unselbstständigen Erwerbstätigen ist in 15 Jahren um mehr als 20% abgesunken.<sup>1</sup> Das betrifft immerhin mehr als 2 Millionen Menschen in Österreich!



Der Einkommensverlust ging in erster Linie auf Kosten der Arbeiterinnen und Arbeiter, während die Angestellten großteils mit einem blauen Auge davongekommen sind, und Beamte



Inflationsbereinigte Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreseinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen nach Geschlecht 1998 bis 2013. Quelle: Allgemeiner Einkommensbericht 2014, Ö. Rechnungshof, 2014, verfügbar unter <http://www.rechnungshof.gv.at/berichte/einkommensberichte.html>

im gleichen Zeitraum sogar um 20% an Einkommen zulegen konnten. Wirklich schlimm sieht es jedoch in Bezug auf das unterste Dezil der Einkommen von Arbeiterinnen und Arbeitern aus: Die Mitte (Median) des Einkommens der untersten 20% dieser Gruppe ist um knapp 50 Prozent nach unten gerasselt. Diese Menschen verdienen heute nur die Hälfte von dem, was sie noch vor 15 Jahren verdient haben. Sie haben alles Recht, mit Ihrer Situation unzufrieden zu sein.

Und sie haben nicht Unrecht mit dem Vorwurf, daß die EU zumindest Mitschuld an ihrer finanziellen Malaise trägt. Denn dieselben Länder, die sich heute vor Flüchtlingen abschotten, exportieren jedes Jahr tausende Arbeitskräfte nach Österreich. Und obwohl diese Arbeitsbewegungen gesamtwirtschaftlich ein kleiner Gewinn für Österreich sind, werden sie von der unteren Hälfte der Lohnempfänger nicht grundlos als Bedrohung wahrgenommen. Denn es ist mehrfach belegt, dass der wirtschaftlich verwundbarste Teil unserer Bevölkerung durch die vermehrte Konkurrenz am heimischen Arbeitsmarkt, und hier vor allem durch günstigere Arbeitskräfte aus dem osteuropäischen Ausland, große Einkommensverluste hinnehmen musste.

Gesamtwirtschaftlich gesehen war die EU für Österreich in den letzten 20 Jahren sicher eine Erfolgsstory. Man hat dabei nur auf den nicht unwesentlichen Teil der österreichischen Bevölkerung vergessen, der hierbei das Nachsehen hatte. Und dieser Teil macht sich eben jetzt bemerkbar. Und er wird noch lauter und größer werden. Denn allein im vergangenen Jahr sind mehr als doppelt so viele Rumänen und Bulgaren auf den österreichischen Arbeitsmarkt geströmt als zuvor prognostiziert.

Und jetzt sind da auch noch diese Flüchtlinge, die sich bei uns niederlassen und arbeiten wollen.

Zur Lösung unserer Probleme wird es mehr Solidarität bedürfen. Solidarität innerhalb Österreichs mit jenen Bevölkerungsgruppen, die als Verlierer der wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte ausgestiegen sind. Nur so wird es gelingen, den weiteren Zustrom hin zu rechtspopulistischen Parteien bremsen. Und Solidarität in erster Linie unserer osteuropäischen Nachbarn mit jenen Ländern „Kern“-Europas, die den Großteil der Flüchtlingsströme momentan alleine stemmen.

<sup>1</sup> Diesen Daten des Rechnungshofs kann und muss entgegengehalten werden, daß darin auch Teilzeitarbeitsverhältnisse berücksichtigt sind. Atypische- und Teilzeitarbeitsverhältnisse haben im Verlauf der Zeit zugenommen und führen deshalb zu einer Verringerung des ausgewiesenen Bruttojahreseinkommens. Wie im selben Bericht des Rechnungshofs erläutert wird, handelt es sich bei den meisten Teilzeitarbeitsverhältnissen jedoch nicht um freiwillige Arrangements, sondern in den meisten Fällen (ca. 70 %) um Teilzeitarbeit wegen Pflege, Krankheit, dem Fehlen einer adäquaten Vollzeitstelle oder anderen unfreiwilligen Gründen. Auch wenn unterschiedliche Gründe zur realen Reduktion des Bruttojahreseinkommens vieler Menschen beigetragen haben, so bleibt die Erkenntnis, daß viele Personen heute finanziell deutlich schlechter gestellt sind als noch vor 15 Jahren.

\* Michael Radhuber, Jahrgang 1979, ist Ökonom an der Johannes Kepler Universität Linz

## Österreichische Föderation der Europähäuser - ÖFEH - hielt erstmals ihre Generalversammlung im Haus der Europäischen Union in Wien ab.

Am 5. November 2015 trafen sich die Vertreter/innen der österreichischen Europähäuser zur jährlichen ÖFEH - Generalversammlung, um über ihre Aktivitäten zu beraten. Der Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments Herr Mag. Georg Pfeifer begrüßte die Vertreter/innen der Europähäuser erstmals im Haus der Europäischen Union und gab einen Überblick über die aktuelle Situation in der EU.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten der ÖFEH BM und Abg.z.NR a.D. Dr. Werner Fasslabend wurden die Flüchtlingssituation bzw. die Migrationsfrage in der EU, die Finanzkrise in Griechenland, die Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU und das Verhältnis der EU zu Russland infolge der Ukrainekrise diskutiert und festgestellt, dass die EU einen besonderen schweren Weg vor sich hat.



v.li.n.re: 1.Reihe: Dr. Franz Kremaier EH-Linz, ÖFEH-Generalsekretärin Mag. Julia Beischroth-Eberl, Mag. Georg Pfeifer, Christa Hofmeister und Mag. Karl Menzinger EH-Neumarkt, Manfred Wallner EH-Klagenfurt,

2. Reihe: Konsulent Josef Bauernberger EH-Linz, ÖFEH-Präsident Dr. Werner Fasslabend, Niklaus Lanner und Josef Schantl EH-Klagenfurt, Georg Schüller EA-Wien, Dr. Arnold Kammler EH NÖ, Felix Auner EZ-Graz

## EYP- DAY UPPER AUSTRIA in Linz

Seit 1987 bietet das EYP – European Youth Parliament (Europäische Jugendparlament) in 39 europäischen Ländern jungen Leuten aus Europa die Möglichkeit, sich aktiv mit sozialpolitisch relevanten Themen zu beschäftigen, gemeinsam neue Ideen zu entwickeln und über ihre Visionen für Europa zu diskutieren. Die Förderung von Demokratie, Bildung und Sprachkompetenzen liegt bei diesem internationalen Netzwerk im Vordergrund.

Der vom Europäischen Jugendparlament Österreich organisierte EYP- DAY UPPER AUSTRIA bot in diesem Sinne im Akademischen Gymnasium in Linz am 13. Nov. 2015 jungen Menschen die Gelegenheit, sich aktiv mit europäischen Fragen zu beschäftigen.

Zu Beginn trug ein gruppendifnamisches Aufbautraining (Teambuilding) zu einer angenehmen und entspannten Arbeitsatmosphäre bei.

Den zweiten Programmpunkt bildete die Ausschussarbeit (Committee Work) zu folgenden Themen/Fragen:

### » Committee of Employment and Social Affairs (Ausschuss für Beschäftigung und Soziales)

Zwei Jahre nach der Implementierung der "Youth Guarantee" Strategie bewegt sich die Jugendarbeitslosigkeit weiterhin über 20 %. Soll die EU das Programm weiterhin fördern oder versuchen, andere Maßnahmen zu setzen, um die hohe Rate der Jugendarbeitslosigkeit in den Mitgliedsstaaten zu senken?

### » Committee of Constitutional Affairs (Ausschuss für Verfassung)

Anti-EU Bewegungen und die kommende Volksabstimmung in Großbritannien gefährden die Mitgliedschaft GB in der EU. Soll die EU aktiv Maßnahmen ergreifen, um den sogenannten "Brexit" zu verhindern?

### » Committee of Women's Rights and Gender Equality (Ausschuss für die Rechte der Frau)

Momentan werden 81,4 Prozent der Führungspositionen in großen Firmen in der EU von Männern besetzt, obwohl 60 Prozent der Universitätsabsolventen in Europa Frauen sind. Soll die EU eine verpflichtende Quote für Frauen in Führungspositionen einführen?

### » Committee of Security Defence (Ausschuss für Sicherheit und Verteidigung)

Soll die EU Angesichts der Drohungen gegen die Integrität von östlichen EU-Staaten ein Verteidigungsbündnis implementieren?

### » Committee of Civil Liberties, Justice and Home Affairs (Ausschuss für Bürgerrechte, Justiz und innere Angelegenheiten)

Soll die EU die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Liste der "Safe Countries of Origin" angesichts der gegenwärtigen Flüchtlingskrise annehmen?

Im abschließenden Programmpunkt wurden in der sogenannten Generalversammlung (General Assembly) die Resolution der Ausschüsse präsentiert und von allen Delegierten diskutiert.

(Foto: EYP -Sophie Zemann)



## Auszeichnungen beim Europaforum Neumarkt 2015

„Österreich 20 Jahre EU-Mitglied“ stand im Mittelpunkt der Festveranstaltung am 18. 07. 2015 im Schlosshof des Europahauses Neumarkt. Wirtschaftskammerpräsident Dr. Christoph Leitl und Europalandesrat Dr. Christian Buchmann zogen eine durchwegs positive Bilanz.

Beim Europaforum Neumarkt, welches vom 17. bis 19. Juli 2015 stattfand und an dem ca. 200 Teilnehmer/innen teilnahmen, wurde auch das 60-jährige Gründungsjubiläum der EFB gefeiert.

Im Fokus des diesjährigen Europa-Forums stand auch die Frage: Welche Perspektive kann die EU der Jugend bieten?

Die Krise in Europa betrifft junge Menschen ganz besonders, denn die Jugendarbeitslosigkeit liegt in vielen Teilen Europas weit über der allgemeinen Arbeitslosigkeit. „Europa ist gefordert, es darf nicht eine verlorene Generation heranwachsen“, appellierte David Schrock, Bundesvorsitzender der Jungen Europäischen Föderalistischen Deutschland an die verantwortliche Politik. Ist zu hoffen, dass die EU-Initiative für Jugendbeschäftigung positive Impulse setzt.



Bei dieser abendlichen Festveranstaltung wurden LH a.D. Dr. Franz Schausberger (3.v.li) mit dem Orden „MeriteEuropean in Gold“, Bgm. a.D. Dr. Franz Dobusch (1.v.li) mit dem Orden „MeriteEuropean in Silber“ und Monika Bauernberger (4.v.li) mit dem Orden „MeriteEuropean in Bronze“ für ihr europäisches Engagement in Wort, Schrift und Tat ausgezeichnet. Die Orden überreichte Ingeborg Smith von der Foundation du Mérite Européen, die Laudationes hielt WKO-Präsident Dr. Christoph Leitl (5.v.li).

Für sein langjähriges und unermüdliches Engagement für Europa erhielt Manfred Harant (6.v.li.) die Goldene Ehrennadel der Europäischen Föderalistischen Bewegung Österreichs, welche vom Präsidenten der EFBÖ Min.a.D. Dr. Friedhelm Frischenschlager (7.v.li.) überreicht wurde.

Wir Europäer gratuliert allen dazu recht herzlich.

### EYP- DAY UPPER AUSTRIA in Linz

Zum EYP- DAY UPPER AUSTRIA kamen rund 60 politikbegeisterte Teilnehmer/innen im Alter zwischen 16-25 Jahren nach Linz, denen es ein Bedürfnis war, sich mit aktuellen europarelevanten Themen auseinander zu setzen. Der Großteil der Sitzungsteilnehmer/innen waren Schülerinnen und Schüler aus der Region Oberösterreich.

Durch die Simulation des Europäischen Parlaments wollten die Organisatoren europäische Politik erleb- und erfahrbar machen und Jugendliche dazu ermutigen, ihre Potentiale zu erkennen und Verantwortung für unser Europa zu übernehmen. Die Sitzungen wurden in der Arbeitssprache Englisch abgehalten, um so auch gleichzeitig die Sprachkompetenz der Jugendlichen zu fördern.



Dieses fünfköpfige Organisationsteam managte die Veranstaltung: (v.li.n.re) Lukas Burnar; Veronika Reisinger (Projektleiterin); Margit Kienzl; Susanne Thomic (Projektleiterin); Michael Ernst (Foto: EYP-Sophie Zemann). Das EYP-Organisationsteam ist auf der Hompage: <http://www.eypaustria.org> erreichbar.

# **WKO-Präsident Dr. Christoph Leitl zieht Bilanz: 20 Jahre in der EU waren 20 gute Jahre für Österreich**

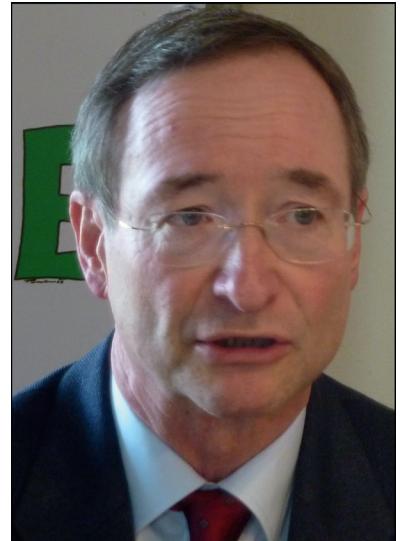
*Die EU-Mitgliedschaft hat Österreich wirtschaftlich enorm voran gebracht. Gerade auch die aktuelle Flüchtlingskrise zeigt: Große Herausforderungen kann Europa nur gemeinsam bewältigen.*

Seit 20 Jahren ist Österreich Mitglied in der Europäischen Union. Trotz mancher Unkenrufe ist das ein Grund zum Feiern. Ja, die EU beschert uns mitunter bürokratische Regeln, auf die wir gerne verzichten würden. Aber dass Brüssel da und dort danebenhaut, darf nicht den Blick auf das größere Ganze verstellen. Dazu gehört, dass die EU-Mitgliedschaft für ein Land im Herzen Europas, wie Österreich es ist, politisch wie ökonomisch notwendig und nutzenstiftend ist. Nicht zuletzt zeigt die Flüchtlingsdramatik, dass große Herausforderungen nur dann bewältigt werden können, wenn Europa gemeinsame Lösungen findet. Auf sich allein gestellt, ist selbst ein Land wie Deutschland überfordert.

In Österreich wirkte die EU als Innovationsmotor: Dadurch hat der Standort Österreich an Qualität, Wettbewerbsfähigkeit und Renommee gewonnen und ist zu einem Anziehungspunkt für Top-Unternehmen aus aller Welt geworden. Dank der EU hatten wir in den vergangenen 20 Jahren mehr Wachstum, mehr Beschäftigung, eine geringere Arbeitslosigkeit und eine niedrigere Inflation. Das WIFO hat den Integrationsbonus von 1995 bis 2015 mit 32 Milliarden Euro errechnet – das ist drei Mal mehr, als wir in dieser Zeit als „Nettozahler“ nach Brüssel überwiesen haben.

Ein Mythos ist die Annahme, von der EU hätte nur eine Handvoll „Großkonzerne“ profitiert, nicht aber der „kleine Mann auf der Straße“ oder mittelständische Betriebe. Unzählige Studien belegen, dass Österreich ein klarer Nutznießer der EU ist, ja neben Deutschland und Dänemark sogar am stärksten profitiert. 95 Prozent der heimischen Wirtschaft sind kleine und mittlere Unternehmen – es ist daher keine Frage, dass auch sie und ihre Beschäftigten Gewinner sind.

Und: Die Einbettung in die EU und den Euro stellt für unser Land angesichts globaler Ereignisse – Stichwort: Wirtschafts- und Finanzkrise, Stichwort: Globalisierung – einen Schutzhelm dar. Oder glaubt jemand ernsthaft, auf uns allein gestellt und mit dem Schilling hätte unser Land den internationalen Turbulenzen nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers trotzen können?



Deswegen ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass die Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher der EU – ungestrichen mancher Ärgernisse und Kritik, die es natürlich auch gibt – die Stange hält. Zweidrittel haben anno dazumal für den Beitritt gestimmt, Zweidrittel sind jetzt gegen einen Austritt.

Wahr ist aber auch, dass die Europäische Union aufgrund der Flüchtlingssituation vor ihrer vielleicht größten Bewährungsprobe steht. Spekulationen über einen eventuellen Austritt Großbritanniens tun ihr Übriges. Nicht zuletzt wurde uns in den vergangenen Wochen schmerzvoll vor Augen geführt, dass es mit der europäischen Solidarität nicht überall so weit her ist. Das kann freilich nur ein Ansporn und Auftrag sein, hier noch mehr Überzeugungsarbeit zu leisten. Denn klar ist: Nur ein geeintes und stärkeres Europa wird in der Lage sein, Antworten zu finden auf die globalen Probleme unserer Zeit.

## **IMPRESSUM**

### **OFFENLEGUNG**

Grundlegende Richtung von „Wir Europäer“ ist die Förderung aller Bestrebungen zur friedlichen Integration Europas.

### **MEDIENINHABER**

Europäische Föderalistische Bewegung und  
Bund Europäischer Jugend OÖ., Europa-  
haus Linz , ZVR 539831365

### **HERAUSGEBER**

Vorstand der EFB OÖ.

### **VERLAGSLEITER**

Dr. Franz Seibert

### **REDAKTION**

Dr. Franz Kremaier, Josef Bauernberger,  
alle 4010 Linz, Postfach 384.

### **DRUCK**

Trauner Druck GmbH & Co. KG, Linz

### **MAIL**

europahaus.linz@gmail.com

### **HOMEPAGE**

<http://www.dieeuropahaeuser.at>

Erscheinungsort Linz  
DVR: 064 86 55  
Sponsoring Post  
Verlagspostamt 4020 Linz  
GZ02Z033982S